

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 22. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 03.04.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreisausschusses am 30.01.2017	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1	Inklusions-Fachbeirat hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	284/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2017: Umbesetzungen von Ausschüssen	285/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
3.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen		
3.1	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Erteilung einer Dienstreisegenehmigung für die Vertreter/innen des Rhein-Sieg-Kreises in der Gründungsversammlung der Metropolregion Rheinland am 20.02.2017 in Düsseldorf	286/17 Genehmigung	einstimmig, Seite 9,10
3.2	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft	287/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 01.03.2017: Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modell Landkreis für das Pilotprojekt "Modellkommunen Open Government"	Antrag wurde zurückgezogen	
5.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Anfragen veröffentlichen	288/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Baukosten veröffentlichen	289/17 Ablehnung	MB./, AfD, LINKE, Seite 13
6.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017: Rhein-Sieg-Kreis leitet ca. 14 Millionen Euro vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) vollumfänglich an Kommunen im Kreis weiter	290/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13
7.	Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis hier: Umsetzung des Aktionsplanes	291/17 Empfehlung an KT	MB./, AfD, Seite 14

8.	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter"	292/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 14
9.	Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin"	293/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
10.	Anzeige des Landschaftsplanes Nr. 1 "Niederkassel"	294/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
11.	Masterplan Energiewende Rhein-Sieg	295/17 Empfehlung an KT	MB./, FDP, AfD, Seite 15
12.	Kreiswettbewerb 2017 "Unser Dorf hat Zukunft" - Bestellung der Bewertungskommission -	296/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 16,17
13.	Kommunales Integrationszentrum - hier: Evaluation und Fortführung des KI sowie Weiterentwicklung der KI's in NRW	297/17 Empfehlung an KT	MB./, AfD, Seite 18
		298/17 Empfehlung an KT	MB./, AfD, Seite 18
14.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung mit der Stadt Siegburg, den Stadtbetrieben Siegburg AÖR und dem Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg	299/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
15.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	300/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
16.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	301/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
17.	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	302/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20
18.	Neues Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler Starke Region - Starke Zukunft	303/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20
19.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
19.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 28.11.2016	Kenntnisnahme	
19.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.2016	Kenntnisnahme	
19.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit (Sondersitzung) am 19.12.2016	Kenntnisnahme	
19.4.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 23.01.2017	Kenntnisnahme	

19.5.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.01.2017	Kenntnisnahme	
19.6.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 26.01.2017	Kenntnisnahme	
20.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil		
21.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Neubau einer Rettungswache in Swisttal-Heimerzheim - Rohbauarbeiten	304/17 Genehmigung	einstimmig, Seite 22
22.	Verkauf des ¼ Miteigentumsanteils an dem Grundstück Schützenstraße 26, Swisttal, verbunden mit dem Sondereigentum an der kreiseigenen Rettungswache	305/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 23
23.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
23.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 26.01.2017	Kenntnisnahme	
24.	Mitteilungen und Anfragen		

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
2.1	Inklusions-Fachbeirat hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	284/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom xx.03.2017: Umbesetzungen von Ausschüssen	285/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
3.2	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft	287/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
5.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Anfragen veröffentlichen	288/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Baukosten veröffentlichen	289/17 Ablehnung	MB./ AfD, Linke Seite 13
6.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017: Rhein-Sieg-Kreis leitet ca. 14 Millionen Euro vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) vollumfänglich an Kommunen im Kreis weiter	290/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13
7.	Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis hier: Umsetzung des Aktionsplanes	291/17 Empfehlung an KT	MB ./ AfD, Seite 14
8.	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter"	292/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 14
9.	Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin"	293/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
10.	Anzeige des Landschaftsplanes Nr. 1 "Niederkassel"	294/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 15
11.	Masterplan Energiewende Rhein-Sieg	295/17 Empfehlung an KT	MB ./ FDP, AfD, Seite 15
13.	Kommunales Integrationszentrum - hier: Evaluation und Fortführung des KI sowie Weiterentwicklung der KI's in NRW	297/17 Empfehlung an KT 298/17 Empfehlung an KT	MB ./ AfD, Seite 18 MB ./ AfD, Seite 18
14.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung mit der Stadt Siegburg, den Stadtbetrieben Siegburg AÖR und dem Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg	299/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19

15.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	300/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
16.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	301/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
17.	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	302/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20
18.	Neues Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler Starke Region - Starke Zukunft	303/17 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 22. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises
am 03.04.2017:

Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	16:55 Uhr
Ort der Sitzung:	B 1.12
Datum der Einladung:	22.03.2017
Einladungsnachtrag vom:	30.03.2017

Anwesende Mitglieder:

Landrat (Vorsitzender)
Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU
Herr Dr. Torsten Bieber
Frau Brigitte Donie
Herr Jörg Erich Haselier
Herr Ivo Hurnik
Herr Josef Schäferhoff
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD
Herr Folke große Deters
Frau Ute Krupp
Herr Udo Scharnhorst
Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE
Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP
Herr Christoph Cáceres Ayllón Vertretung für Herrn Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordnete AfD
Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE
Herr Michael Lehmann

stv. Schriftführerin
Frau Siri Grischke

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete GRÜNE:
Frau Alexandra Gauß

Kreistagsabgeordnete FDP:
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD`in Heinze
Ltd. KVD Jaeger
Ltd. KVD`in Udelhoven
Dezernent Schwarz
Dezernent Wagner
KVD`in Dr. Neugebauer

VA Ommerborn (Kreistagsbüro)
VA Rellecke (Kreistagsbüro)

Pressereferentin Rita Lorenz
Vertreter der Presse

Gäste:

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Landrat eröffnete die 22. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er sagte, dass aufgrund der Erkrankung des Schriftführers Herr Dirk Kassel Frau Siri Grischke als Vertretung die Schriftführung übernehmen werde.

Er verwies auf die Einladung vom 22.03.2017, den Einladungsnachtrag vom 30.03.2017, die Tischvorlage zu TOP 7 Aktionsplan Inklusion sowie auf die Tischvorlagen zu TOP 6.1 und TOP 13. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Weiter sagte der Landrat, dass sich für die heutige Sitzung der Abg. Dr. Karl-Heinz Lamberty entschuldigt habe. Vertreten werde er durch den Abg. Christoph Cáceres Ayllón.

Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor. Über die Tagesordnung bestand Einvernehmen.

1	Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreisausschusses am 30.01.2017	
---	---	--

Der Landrat stellte fest, dass Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	---	--

2.1	Inklusions-Fachbeirat hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017.

B.-Nr.
284/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirates, Herr Günter Wingender, wird zum sachkundigen Einwohner und die stellvertretenden Vorsitzenden im Inklusions-Fachbeirat, Frau Eike Kleinheyer und Herr Tim Hirschmann zu stellvertretenden sachkundigen Einwohnern im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit gewählt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2017: Umbesetzungen von Ausschüssen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 28.03.2017.

B.-Nr.
285/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen in folgenden Ausschüssen zu beschließen:

Der Abg. Vladimir Skoda wird anstelle von Herrn Ralf-Uther Haritz ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Personalausschuss.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Verkehr.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird anstelle des SkB Arvid Ellenberger ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration. Der SkB Arvid Ellenberger wird anstelle von Herrn Thomas Matzke stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales Gleichstellung und Integration.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	
---	--	--

3.1	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Erteilung einer Dienstreisegenehmigung für die Vertreter/innen des Rhein-Sieg-Kreises in der Gründungsversammlung der Metropolregion Rheinland am 20.02.2017 in Düsseldorf	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die getroffene Dringlichkeitsentscheidung vom 09.02.2017.

B.-Nr.
286/17

Der Kreisausschuss genehmigt nachstehende Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW:

Nach § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis wird die Dienstreise folgender Vertreterinnen/Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises zur Teilnahme an der Gründungsversammlung der Metropolregion Rheinland in Düsseldorf genehmigt:

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vertreter:

Abg. Oliver Krauß
 Abg. Martin Schenkelberg
 Abg. Paul Lägel
 Abg. Ute Krupp
 Abg. Burkhard Hoffmeister

Stellvertreter:

Abg. Oliver Baron
 Abg. Björn Franken
 Abg. Denis Waldästl
 Abg. Cornelia Mazur-Flöer
 Abg. Wilhelm Windhuis

Abst.-**Erg.:**

Einstimmig.

3.2	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die getroffene Dringlichkeitsentscheidung vom 21.02.2017.

B.-Nr.
287/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehende Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW zu genehmigen:

Der Kreistag stimmt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 115 Abs. 1 S. 1 lit. a) GO NRW der Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft in der in Anlage 1 genannten Fassung zu.

Abst.-**Erg.:**

Einstimmig.

4	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 01.03.2017: Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommunen Open Government"	
---	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 01.03.2017. Weiter fragte er nach einer ausführlichen Begründung, oder ob der Antrag vielleicht zurückgezogen werden solle.

Abg. Lehmann verwies auf die bestehende Gesetzeslage und darauf, dass das neue E-Government Gesetz Kommunen verpflichte, in diesem Bereich tätig zu werden. Er wolle versuchen, unter den Siegern des Wettbewerbs zu sein, um Gelder für eine Sache einzuwerben, in der die Verwaltung sowie so tätig werden müsse.

Abg. große Deters erläuterte, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstützen wolle, man das Thema aber in einem größeren Zusammenhang sehen müsse. Angefangen habe alles mit dem Informationsfreiheitsgesetz, der nächste Schritt wäre das Thema Open Government. Hier wäre der Unterschied, dass Bürger für Informationen nicht aktiv nachfragen müssten, sondern Informationen proaktiv zur Verfügung gestellt bekämen. Dieses sei gesetzlich vorgezeichnet und sinnvoll. Ihm gehe es um eine bürgernahe Verwaltung.

Abg. Steiner bekräftigte, dass inhaltlich ja alle einer Meinung seien, daher wären ähnliche Anträge ja bereits einstimmig beschlossen worden. Aus seiner Erfahrung wisse er aber, dass solche Prozesse strukturiert angegangen werden müssten. Wenn zu viel parallel entwickelt würde, führe das dazu, dass kein gutes Ergebnis

herauskomme. Darum empfehle er, die bereits begonnene Arbeit erst einmal zu beenden. Hierzu gehöre die neue Internetpräsenz. Sich jetzt als Modellkommune zu bewerben, sei sympathisch, aber im Moment nicht zielführend. Auf jeden Fall solle das Ziel der LINKEN nach mehr Transparenz in der Verwaltung weiter gemeinsam verfolgt werden.

Abg. Dr. Bieber konkretisierte, dass aus 20.000 Kommunen nur 9 Kommunen als Modellkommune ausgewählt werden sollen. Hier könne man dem Ministerium des Inneren eine gewisse Halbherzigkeit vorwerfen. Man wäre gut beraten, jetzt nicht innerhalb von drei Wochen ein Konzept zu fertigen, welches sehr geringe Aussicht auf Erfolg hätte. Mitte des Jahres solle der neue Internetauftritt mit einer deutlich verbesserten Anwenderfreundlichkeit und deutlich mehr Informationen fertiggestellt sein. Weiter müsse noch der Open Data Antrag realisiert werden, sodass man danach schauen könne, was überhaupt noch im Bereich Open Government zu verwirklichen sei.

Abg. Cáceres Ayllón pflichtete seinem Vorredner bei. Er hielt es auch - angesichts der Erfolgsaussichten und in Anbetracht des geringen Förderbetrages - für nicht notwendig den beantragten Antrag zu stellen.

Der Landrat präziserte, dass hier nicht der zweite vor dem ersten Schritt getan werden sollte. Frau Lorenz sei anwesend und könne zum Sachstand der Internet-Relaunch, wenn Bedarf bestehe, Auskunft geben.

Abg. Lehmann erklärte, er benötige zurzeit keine weiteren Informationen. Er sähe eben das Ende der Bewerbungsfrist am 21. April 2017. Ob später weitere Fördergelder für dieses Thema eingeworben werden könnten, sei zum jetzigen Moment ungewiss.

Ltd. KVD`in Udelhoven verdeutlichte, dass bei dem beantragten Projekt ein Leitfaden für die Kommunen entwickelt werden solle. Aus Ihrer Sicht mache es Sinn, Kommunen für die Förderung auszuwählen, die bereits Open Data umgesetzt haben, um dann beim Open Government teilzunehmen. Daher halte sie es für verfrüht, hier etwas auf die Schnelle zu initiieren, ohne darüber substantiiert und gründlich nachgedacht zu haben.

Die Erfahrung zeige, dass die Teilnahme an Modellprojekten erhebliche Arbeitskräfte binde, und dieses mit dem momentanen Personalbestand nicht zu leisten sei. Auch eine kurzfristige Projektbeteiligung solle Hand und Fuß haben. Außerdem könne man auf die bewilligten Projekte später zurückgreifen, um sich Anregungen zu holen.

Abg. Steiner legte dar, dass die Firma, die den Internet-Relaunch mache, nicht für die Inhalte verantwortlich sei, sondern diese komplett von der Verwaltung eingepflegt werden müssten. Er befürworte, dass erst einmal eine Arbeit richtig gemacht werden solle. Die Kapazitäten, welche in eine Antragstellung gingen, sollten lieber für den Internet-Relaunch genutzt werden.

Der Landrat erfragte, wie mit dem Antrag umgegangen werden solle und stellte danach fest, dass der Antrag zu Tagesordnungspunkt 4 zurückgenommen worden sei, jedoch ein weiterer Austausch zu dem Thema stattfinden solle.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
5	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Anfragen veröffentlichen	

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017.

Abg. Lehmann sagte, im Sinne einer größeren Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sei er der Ansicht, dass man das im Antrag beschriebene Anliegen in Verbindung mit der Neukonzeption des Internetauftritts des Rhein-Sieg-Kreises umsetzen solle.

Abg. Dr. Bieber verwies auf das Kreistagsinformationssystem als einheitliche Datenbank zu dieser Thematik. Aus diesem Grund sei es wünschenswert, wenn beantwortete Anfragen recherchierbar in das Kreistagsinformationssystem eingestellt werden. Das sei eine Aufgabe, die er der Verwaltung im Rahmen des Internet-Relaunches auf dem Weg geben wolle. In diesem Sinne könne die CDU-Kreistagsfraktion dem Begehren zustimmen.

Auf Nachfrage des Abg. Skoda, wie sich der Aufwand für die Verwaltung bei einer zusätzlichen Einstellung der Anfragen in die Datenbank darstelle, sagte die Ltd. KVD`in Udelhoven, dass sich dieser als gering darstelle.

Abg. Dr. Bieber formulierte in der Folge folgenden Beschlussvorschlag, den der Landrat in der Folge zur Abstimmung stellte:
„Die Verwaltung wird gebeten im Rahmen des Internet Relaunches alle Anfragen in das Kreistagsinformationssystem einstellen zu lassen.“

B.-Nr.
288/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen des Internet Relaunches alle Anfragen in das Kreistagsinformationssystem einstellen zu lassen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Baukosten veröffentlichen	
---	---	--

Abg. Dr. Bieber sagte, die durch den Antrag eingeforderte Transparenz bestehe bereits, indem man die Informationen über die im Kreistagsinformationssystem eingestellten Haushaltsentscheidungen mit den entsprechenden Beschlüssen erhalte. Demnach seien Teilkosten sowie Gesamtkosten einer Maßnahme recherchierbar.

Abg. Lehmann erwiderte, den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Sachen Internetrecherche nicht gut auskennen, solle durch den Antrag die Möglichkeit gegeben werden, auf einem einfacheren Weg an die benötigten Informationen zu gelangen. Darüber hinaus erklärte er, dass die in dem Antrag geforderte Tafel als eine „sinnbildliche Tafel“ anzusehen sei.

Abg. Dr. Bieber bemerkte, dass man das Begehren in einem Antrag eindeutiger beschreiben müsse und keine Interpretationsmöglichkeiten eröffnen solle. Darüber hinaus würden die verlangten Informationen zu Bauprojekten bezüglich der Beschlussfassung und der Kosten im Internet bereits veröffentlicht. Weiterhin machte Abg. Dr. Bieber deutlich, in seinem Wortbeitrag habe er nicht behauptet, dass man zum Erlangen der benötigten Informationen einzelne Positionen zusammensuchen müsse. Ausschlaggebend sei letztendlich eine praktikable Handhabung dieser Angelegenheit. Zudem habe man der Verwaltung in diesem Bereich ausreichend Aufträge erteilt. Seine Fraktion werde diesen Antrag nicht unterstützen.

Abg. Scharnhorst bemerkte, wenn Informationen nach Abschluss einer Baumaßnahme bekanntgegeben werden sollen, stelle sich die Frage nach dem Zeitpunkt ihres Abschlusses. Bei größeren Baumaßnahmen lasse sich nicht genau definieren, wann diese abgeschlossen seien.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag abstimmen.

B.-Nr.
289/17

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abst.-
Erg.:

MB ./ AfD, LINKE

6.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017: Rhein-Sieg-Kreis leitet ca. 14 Millionen Euro vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) vollumfänglich an Kommunen im Kreis weiter	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017 und formulierte nachfolgenden Beschlussvorschlag.

B.-Nr.
290/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rhein-Sieg-Kreis leitet die Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes Rheinland aus der Auflösung einer Rückstellung für Integrationshilfen, Kreisanteil voraussichtlich ca. 13,94 Millionen €, auf der Basis der Umlagegrundlagen 2017 nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz –GFG- 2017 nach Erhalt so zeitnah wie möglich an die Kommunen im Kreis weiter.

2. Die Kreiskämmerin wird gebeten, hierzu die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Genehmigung einer außerplanmäßigen Ermächtigung wird zugestimmt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
7	Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis hier: Umsetzung des Aktionsplanes	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017.

Abg. Skoda sagte, aus seiner Sicht sei der sicherlich gut aufbereitete Aktionsplan eine Zusammenstellung allgemeiner Informationen und vagen Absichtserklärungen, der keine konkrete Hilfe für die Verwaltung und keine Verbesserung für die behinderten Menschen darstelle. Aus diesem Grund halte seine Fraktion den Aktionsplan für entbehrlich.

Abg. große Deters entgegnete, dass der Aktionsplan konkrete Maßnahmen beinhalte und Menschen mit Einschränkungen helfe, um in die Gesellschaft integriert zu werden.

Abg. Haselier wies darauf hin, dass man sich in der Fachausschusssitzung mit großer Mehrheit darauf verständigt habe, dass dieser Aktionsplan erstellt werden solle.

Abg. Tandler bemerkte, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie viele Ehrenamtliche diesen Aktionsplan konzipiert hätten. Durch die getätigte Äußerung des Abg. Skoda werde diese Arbeit ignoriert.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
291/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aktionsplan Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen die Maßnahmeempfehlungen schrittweise umzusetzen. Über die Freigabe von Haushaltsmitteln für einzelne Umsetzungsschritte aus dem bei Produkt 0.50.40 gebildeten Ansatz von 30.000 € entscheidet der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit auf Vorlage der Verwaltung.

Abst.-
Erg.:

MB ./ . AfD.

8	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter"	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 08.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017.

B.-Nr.
292/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 „Alfter“ zu beschließen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
9	Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin"	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 08.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 „Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin“ zu beschließen.**
293/17

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

10	Anzeige des Landschaftsplanes Nr. 1 "Niederkassel"	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 27.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017. Weiter teilte er mit, dass Ziffer 4 der Nebenbestimmung aus dem Schreiben der Bezirksregierung Köln herauszunehmen sei.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Nebenbestimmungen der Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 21.03.2017 als Ergebnis des Anzeigeverfahrens gemäß § 18 Landesnaturschutzgesetz im Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 1 „Niederkassel“ beizutreten. Die Nebenbestimmung Nr. 4 wird herausgenommen.**
294/17

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

11	Masterplan Energiewende Rhein-Sieg	
----	------------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 14.03.2017, die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017 und formulierte folgenden modifizierten Beschlussvorschlag für die Abstimmung.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Bericht „Masterplan Energiewende Rhein-Sieg“ als integriertes Klimaschutzkonzept des Rhein-Sieg-Kreises zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, die dort beschriebenen Maßnahmen zu initiieren und gemeinsam mit den Beteiligten umzusetzen. Dies beinhaltet auch den Aufbau eines Klimaschutz-Controllings.**
295/17

Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen und Projekte steht unter dem Vorbehalt der personellen und finanziellen Möglichkeiten sowie unter dem Vorbehalt der erneuten Zustimmung des Umweltausschusses. Weitere ggf. zuständige Gremien werden im jeweiligen Einzelfall beteiligt.

Abst.-
Erg.: **MB./, FDP, AfD.**

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
12	Kreiswettbewerb 2017 "Unser Dorf hat Zukunft" - Bestellung der Bewertungskommission -	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 22.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr in seiner Sitzung am 21.03.2017.

B.-Nr.
296/17

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

I. Die Bewertungskommission für den Kreiswettbewerb 2017 „Unser Dorf hat Zukunft“ als Vorentscheid für den gleichnamigen Landes-/ Bundeswettbewerb wird wie folgt besetzt:

- | | |
|---|--|
| 1. CDU-Fraktion
Stellvertreter | Frau Renate Becker-Steinhauer
Frau Hildegard Helmes |
| 2. SPD-Fraktion:
Stellvertreter: | Herr Paul Läger
Herr Mario Dahm |
| 3. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Stellvertreter: | Herr Reiner Albrecht
Frau Johanna Bientreu |
| 4. FDP-Fraktion:
Stellvertreter: | Herr Klaus-Peter Smielick
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm
Kuhlmann |
| 5. DIE LINKE-Kreistagsfraktion:
Stellvertreter: | Herr Michael Lehmann
Herr Peter Schulz |
| 6. AfD-Kreistagsfraktion:
Stellvertreter: | Herr Horst Leiser
nicht benannt |
| 7. Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde: | Herr Bernd-Theo Schwontzen |
| 8. Landwirtschaftskammer NRW:
Stellvertreter: | Frau Dr. Marie-Therese Schnause
Herr Ulrich Timmer |
| 9. Bezirksregierung Köln, Dez. 33: | Frau Dana Kustermann |
| 10. Rheinischer Landfrauenverband:
Stellvertreterin: | Frau Gisela Bergholz
Frau Marianne Severin |
| 11. Bauaufsichtsamt des Rhein-Sieg-Kreises:
Stellvertreter: | Herr Andreas Keuthen
Herr Gerald Paffenholz |
| 12. Referat Wirtschaftsförderung und
Strategische Kreisentwicklung
des Rhein-Sieg-Kreises:
Stellvertreterin: | Frau Beate Klüser
Frau Theresia Fischer |

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

- II. **Die Bewertungskommission entscheidet abschließend über Geldpreisvergaben.**
- III. **Im Rahmen des Wettbewerbs wird eine Bereisung der gemeldeten Dörfer durch die Bewertungskommission erforderlich. Der damit verbundene Aufwand wird in analoger Anwendung des § 9 der Hauptsatzung des Rhein-Sieg-Kreises erstattet (dies gilt auch für die Sachkundigen Bürger). Die übrigen Jurymitglieder erhalten Reisekosten in entsprechender Anwendung dieser Bestimmung.**

Abst.-**Erg.:****Einstimmig.**

13	Kommunales Integrationszentrum - hier: Evaluation und Fortführung des KI sowie Weiterentwicklung der KI's in NRW	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration in seiner Sitzung am 27.03.2017 zu Nr. 1 sowie die mehrheitliche Beschlussempfehlung zu Nr. 2 des Beschlusses. Weiter verwies er auf die heutige Tischvorlage.

Der Abg. Skoda sagte, die Tätigkeit des Kommunalen Integrationszentrums befinde sich auf Grundlage eines Konzeptes, welches nach Ansicht seiner Fraktion ungeeignet sei. Solange dieses Konzept nicht geändert werde, unterstütze man nicht die Tätigkeit des Integrationszentrums.

Abg. Steiner bemerkte, dass Kommunale Integrationszentrum werde heute nach langem Widerstand von den Kommunen akzeptiert. Es biete eine hervorragende Unterstützung für die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis bei der Integrationsarbeit. Es gehe darum, die gute Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums weiterzuführen. Deshalb werde man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Bezüglich des Wortbeitrages des Abg. Skoda sagte Abg. große Deters, er könne nicht verstehen, dass einerseits Probleme bei der Integration benannt werden, andererseits eine Institution abgelehnt werde, die Lösungen anbiete, um für eine gelungene Integration zu sorgen.

Abg. Hurnik bemerkte, die Stadt Troisdorf habe im Vergleich zu anderen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis einen hohen Ausländeranteil. Erste Integrationskurse und -maßnahmen habe sie bereits seit dem Jahre 1966 durchgeführt. Das zeige, wenn Integrationsarbeit kontinuierlich – wie auch jetzt koordinierend auf Kreisebene - erfolge, würden die vielfach behaupteten gesellschaftlichen Spannungen nicht entstehen.

Weiter wies er darauf hin, in der Stadt Troisdorf habe es seit 1966 keine massiven Auseinandersetzungen zwischen kulturellen Gruppen gegeben. Das zeige die Bedeutung von Integrationsarbeit, um den sozialen Frieden herzustellen. Aus diesem Grund halte er es für wichtig, dass man das Kommunale Integrationszentrum auf Kreisebene besitze und die Arbeit weiter fortgesetzt werde. Darüber hinaus sei es für eine positive Integration notwendig, die Arbeit des Integrationszentrums auszubauen. Das Land lebe wirtschaftlich von der Zuwanderung. Ohne Zuwanderung sei man in einer Generation wirtschaftlich am Ende. Das könne man sich nicht leisten. Deshalb setze man sich für eine Fortführung der Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums ein.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Skoda verwies zu dieser Thematik auf das Protokoll der Kreistagssitzung vom 29.06.2016 und merkte an, dass der Begriff „Integration“ bisher nicht von den Mitrednern definiert worden sei. Laut Duden habe Integration etwas mit Anpassung zu tun. Das sei jedoch nicht automatisch der Fall, wenn weiterhin eine Identifikation mit dem Ursprungsland bestehe.

Abg. Solf erklärte, er habe seinerzeit als Vertreter der CDU-Fraktion gemeinsam mit Vertreterinnen/Vertretern der SPD, den GRÜNEN, der FDP und dem damaligen Landesintegrationsminister das Konstrukt „Kommunale Integrationszentren“ erarbeitet und mit den kommunalen Spitzenverbänden des Landes abgestimmt. Hierüber bestand eine 100 %-ige Einigung.

Abg. Skoda merkte an, er sei in der heutigen Kreisausschusssitzung der Einzige, der eigene Erfahrungen hinsichtlich einer Migration besitze. Er besitze keinen tschechischen Pass und identifiziere sich nicht mit seinem Herkunftsland, da er seine Solidarität gegenüber der Gesellschaft bringe, in der er lebe. Das müsse man auch von den jetzigen Migranten erwarten und verlangen. Dieses Ziel müsse bei der Integration deutlich formuliert werden, sonst werde sie nicht gelingen.

Sodann ließ der Landrat zifferweise den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

B.-Nr.
297/17

- 1. Das Kommunale Integrationszentrum wird fortgeführt. Ein entsprechender Antrag wird im Herbst 2017 gestellt.**

Abst.-
Erg.:

MB ./ AFD.

B.-Nr.
298/17

- 2. Das Kommunale Integrationszentrum wird personell um jeweils eine Stelle in den Bereichen Bildung und Querschnitt aufgestockt. Entsprechende Anträge auf Landesmittel werden gestellt.**

Abst.-
Erg.:

MB ./ AFD.

14	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfearbeitung mit der Stadt Siegburg, den Stadtbetrieben Siegburg AÖR und dem Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 22.03.2017.

Auf Nachfrage des Abg. Cáceres Ayllón bezüglich der Möglichkeit eines Abschlusses von weiteren Vereinbarungen mit anderen Kommunen sagte die Ltd. KVD`in Udelhoven, dass auch Krankenkassen entsprechende Angebote anbieten und Kommunen diese Alternative nutzen würden.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Landrat ergänzte, dass diese Angelegenheit in den Kommunen sowohl untereinander als auch mit dem Rhein-Sieg-Kreis diskutiert werde und er im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit seine Unterstützung anbiete.

B.-Nr.
299/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der als **Anhang 1** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Siegburg über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.
2. Der als **Anhang 2** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit den Stadtbetrieben Siegburg AÖR über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.
3. Der als **Anhang 3** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Volkshochschulzweckverband über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

15	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 22.03.2017.

B.-Nr.
300/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss der als **Anhang** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung wird zugestimmt.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

16	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 22.03.2017.

B.-Nr.
301/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss der als **Anhang** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung wird zugestimmt.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
17	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 20.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus in seiner Sitzung am 28.03.2017.

B.-Nr.
302/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen die Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge im Laufe des Jahres 2017 auf den Rhein-Sieg-Kreis übertragen wird, erklärt der Rhein-Sieg-Kreis seine Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

18	Neues Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler Starke Region - Starke Zukunft	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 22.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus in seiner Sitzung am 28.03.2017.

B.-Nr.
303/17

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag nimmt das neue Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Ziele und Leitsätze des neuen Leitbildes beim zukünftigen Handeln zu Grunde zu legen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

19	Kenntnisnahme von Niederschriften	
----	-----------------------------------	--

19.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 28.11.2016	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

19.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.2016	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

22. Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

19.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit (Sondersitzung) am 19.12.2016	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

19.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 23.01.2017	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

19.5	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.01.2017	
------	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

19.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 26.01.2017	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

20	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.03.2017: Überblick über Abschiebungen und Abschiebehindernisse im Rhein-Sieg-Kreis

Der Landrat verwies auf die mit dem Einladungsnachtrag übermittelte Antwort der Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Folglich schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils